

Redaktionsschluss: 17. November 2008

Nr. 22/08

INHALT

INNENPOLITIK

Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP vorerst ausgesetzt
90 Jahre Republik: Festakt, Sonderministerrat und Ausstellung

INNENPOLITIK ■ EUROPA ■ INTERNATIONAL

Parlament gedachte der Novemberpogrome vor 70 Jahren
Bundeskanzler Gusenbauer zu Arbeitsbesuch in Bulgarien
Bundespräsident Fischer zu Staatsbesuch in Jordanien

WIRTSCHAFT

Infrastrukturminister Faymann stoppt Schließung der Postämter
AUA: Verkauf an Lufthansa so gut wie fix
Bankenpaket: Banken-ÖIAG und Clearingbank gegründet

KULTUR ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

Bundespräsident Heinz Fischer ehrt US-Sopranistin Jessye Norman
Igor Strawinskys Oper "The Rake's Progress" im Theater an der Wien
Wien: Europarat und Holocaust Task Force beschließen Kooperation
Bundeskanzler Gusenbauer erhielt "Dialogue of Civilizations"-Preis
Ukraine bei „Literatur im Herbst“
Wiens Gratisbuch: Ruth Klüger
Jüdische Menschen erinnern sich an ihr Wien im 20. Jahrhundert
Wien: Wittgenstein-Preis an den Quantenphysiker Markus Arndt
EU-Ministerkonferenz in Wien zum Thema „Digitale Integration“

SPORTPOLITIK

100 Jahre ÖOC – Eine Erfolgsgeschichte in Rot-Weiß-Rot
Schwimm-Coach Zeljko Jukic ist BSO-"Trainer des Jahres"
Verstärkte Doping-Prävention von Bund und Ländern

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. A-1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion: Dr. Franz Putz,
Tel. ++43/1/53115-2579, Fax ++43/1/53115-4274, e-mail: franz.putz@bka.gv.at; Versand: Abteilung VII/2, Irene Bucher, Tel. ++43/1/53115-2958,
Fax ++43/1/53115-2880, e-mail: irene.bucher@bka.gv.at; <http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet.
Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP vorerst ausgesetzt

Die Koalitionsverhandlungen zwischen den derzeitigen Regierungspartnern SPÖ und ÖVP wurden am Abend des 16. November vorerst unterbrochen. Nach einem Vier-Augen-Gespräch zwischen SPÖ-Chef Werner Faymann und ÖVP-Obmann Josef Pröll soll die nächste große Verhandlungsrunde frühestens am 20. November zusammentreten. Pröll hatte die für 16. November anberaumte Runde kurzfristig abgesagt und überreichte Faymann einen Zehn-Punkte-Katalog zu noch offenen zentralen Fragen. Der SPÖ-Vorsitzende erklärte sich bereit, die Antworten fristgerecht vorzulegen.

In den zehn Punkten an die SPÖ fordert die ÖVP unter anderem Vorschläge zur Einhaltung des Budgetplans, zu Pensionssicherung und Verwaltungseinsparungen sowie das Bekenntnis zur spürbaren Entlastung von Familien mit Kindern.

Weiters verlangt die ÖVP ein Bekenntnis zur EU sowie die marktwirtschaftliche Weiterentwicklung staatsnaher Betriebe. Streitpunkt ist hier vor allem Faymanns Vorgehen bei der Schließung von Postämtern (siehe Wirtschaftsteil).

Faymann betonte indessen, am Zeitplan, bis Weihnachten eine Regierung zu bilden, festhalten zu wollen. In den nächsten Tagen seien weitere Kontakte zwischen den Spitzen der beiden Großparteien geplant.

Im Folgenden die zehn Fragen der ÖVP im Wortlaut:

1. Was sind die konkreten Vorschläge der SPÖ, wie wir den gemeinsam vereinbarten Haushaltsplan einhalten können?
2. Wo soll nach Vorstellung der SPÖ – ohne zusätzliche Neuverschuldung – das Geld herkommen, das wir brauchen, um den Menschen in der Krise zu helfen?
3. Bekennt sich die SPÖ dazu, dass jeder Steuerzahler substanziell von einer Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer profitiert?
4. Bekennt sich die SPÖ zu einer spürbaren Entlastung von Familien mit Kindern?
5. Steht die SPÖ zum Prinzip: Steuergeld für das Krankenkassensystem nur dann, wenn gleichzeitig Struktur- und Effizienzmaßnahmen gesetzt werden?
6. Wie sichern wir die Pensionen? – Damit jene Menschen, die heute arbeiten und einzahlen, morgen noch eine faire Pension erwarten können?
7. Wie werden die Sparpotenziale in der Verwaltung ausgeschöpft?

8. Bekennt sich die SPÖ dazu, dass sich auch staatsnahe Betriebe marktwirtschaftlich weiterentwickeln müssen, um national und international wettbewerbsfähig zu sein?

9. Wie sichern wir die Rolle Österreichs als verlässlicher und berechenbarer Partner bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union?

10. Ist die SPÖ bereit, den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen klaren Kurs in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit verlässlich mitzutragen? ■

90 Jahre Republik: Festakt, Sonderministerrat und Ausstellung

Die Republik Österreich hat am 12. November ihren 90. Geburtstag gefeiert und damit ihrer demokratischen Staatswerdung gedacht.

Am 12. November 1918 hatte Österreichs legendärer Staatskanzler Karl Renner die demokratische Republik „Deutsch-Österreich“ ausgerufen. Vorausgegangen war dieser so schicksalsschweren Geburtsstunde des neuen Österreich allerdings ein langer und diffiziler Prozess politischen Ringens um Frieden: Nach dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten vom 3. November unterzeichneten eine Woche später, am 11. November 1918, Deutschland und die Entente-Mächte den Waffenstillstand. Damit war der Erste Weltkrieg offiziell beendet. Noch am selben Tag verzichtete auch der Habsburger-Kaiser Karl I. auf seine Regierungsgeschäfte. Am 12. November rief Renner vor dem Parlament die Republik aus.

Auf dem offiziellen Jubiläumsprogramm standen Kranzniederlegungen vor dem Denkmal der Republik und vor dem Denkmal von Staatskanzler Renner, ein Festakt in der Wiener Hofburg, ein Sonderministerrat der Bundesregierung, die feierliche Eröffnung der Republik-Ausstellung im Parlament sowie ein abendliches „Konzert für Österreich“ im Musikverein. Die Wiener Philharmoniker spielten Jean Sibelius und Robert Schumann, Daniel Harding dirigierte.

Am großen Festakt in der Wiener Hofburg nahm die gesamte Staats- und Regierungsspitze teil. In seiner Ansprache wünschte Bundespräsident Heinz Fischer der Republik eine „friedliche Zukunft“ und warnte vor einem „verstärkten Nationalismus und Radikalismen“, sollte der Wirtschaftskrise nicht rasch entgegengewirkt werden. Die Geburt der Republik bezeichnete Fischer als „schwierig“.

Beim Sonderministerrat der Bundesregierung wür

digte Bundeskanzler Alfred Gusenbauer die Verdienste der Europäischen Union und den europäischen Einigungsprozess. Punkto Wirtschaftskrise motivierte der Bundeskanzler zu Optimismus. Man werde die Herausforderungen annehmen und mit höchster Leistungsbereitschaft alles daran setzen, um den Stürmen der jetzigen Finanzkrise zu trotzen, so Gusenbauer unter Hinweis auf das kürzlich beschlossene Banken-Hilfspaket.

Die nach 1945 geschaffene Friedensordnung präge die EU bis heute, erklärte Gusenbauer. Das Privileg, in Freiheit und Frieden zu leben, müsse allerdings stets aufs Neue erarbeitet und verteidigt werden. 90 Jahre nach der Republikgründung sei Österreich eines der reichsten und sichersten Länder der Erde und verlässlicher Partner in der internationalen Staatengemeinschaft wie auch in der EU, betonte der Bundeskanzler.

Am Nachmittag wurde die „Republik-Ausstellung 1918/2008“ in der Säulenhalle des Parlaments für Besucher geöffnet. Der Themenbogen reicht von den traumatischen Ereignissen der beiden Weltkriege, über die Gründungsjahre der Ersten und der Zweiten Republik, die Zeit der NS-Herrschaft, des Naziterrors und des Holocaust bis zu Wiederaufbau und Staatsvertrag sowie Europäischer Integration (siehe Informationen aus Österreich, Nr. 18 und unter www.republiksausstellung.at). ■

Parlament gedachte der Novemberpogrome vor 70 Jahren

Das Parlament hat am 9. November mit einer Festveranstaltung im Palais Epstein des Novemberpogroms vor 70 Jahren gedacht. Die Ereignisse der „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 hatten den Höhepunkt eines von antisemitischen Ausschreitungen geprägten Jahres markiert. In ihrer Rede forderte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit aller Vehemenz ein Ende weiterer Debatten über die Abschaffung des Verbotsgesetzes. Dieses sei „mehr denn je“ eine verfassungsmäßige Reaktion auf die Rolle Österreichs in der NS-Zeit und habe als klares Nein zur Verharmlosung der Nazi-Gräueltaten hohen symbolischen Wert. „Daran soll und darf in Österreich nicht gerüttelt werden“, unterstrich Prammer.

Die Feindseligkeit gegenüber Juden in Österreich sei 1938 weit über jene in Deutschland hinausgegangen. „Auch wenn viele Österreicher das nicht gerne hören“, sagte Prammer vor mehr als 100 Besuchern, darunter der israelische Botschafter in Österreich, Dan Ashbel, Staatssekretär Andreas Schieder und die Vizepräsidentin des Verfas-

sungsgerichtshofes, Brigitte Bierlein. Prammer betonte, dass am Nationalfonds zur Entschädigung von NS-Opfern „nicht gerüttelt“ werde.

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG), Ariel Muzicant, forderte eine „klare Trennlinie“ zum Rechtsextremismus. Muzicant bedankte sich beim „offiziellen Österreich“ dafür, dass landesweit bei mehr als 100 Veranstaltungen zum Gedenken an die Novemberpogrome Jugendliche über das Geschehen aufgeklärt würden. Allein in Österreich wurden in der Nacht auf den 10. November 1938 30 Juden getötet, 7.800 verhaftet und aus Wien rund 4.000 sofort ins Konzentrationslager Dachau deportiert. ■

Bundeskanzler Gusenbauer zu Arbeitsbesuch in Bulgarien

Bundeskanzler Alfred Gusenbauer hat am 14. November einen Arbeitsbesuch in Bulgarien absolviert. In Sofia führte er Gespräche mit Premierminister Sergei Stanishev. Erörtert wurden EU-Fragen, die internationale Finanzkrise und die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. An der Universität Sofia hielt Gusenbauer einen Vortrag zum Thema „Europäische Integration“ und nahm danach an einer Podiumsdiskussion teil. ■

Bundespräsident Fischer zu Staatsbesuch in Jordanien

Bundespräsident Heinz Fischer hielt sich vom 10. bis 12. November zu einem Staatsbesuch in Jordanien auf. Begleitet wurde er von seiner Frau Margit, Justizministerin Maria Berger sowie einer großen Wirtschafts- und Wissenschaftsdelegation. Auf dem Programm standen unter anderem Treffen mit König Abdullah II. und Königin Rania sowie mit Premierminister Nader al-Dahabi. Hauptthemen waren die aktuelle Lage im Nahen Osten und die Konfliktherde in der Region. Abdullah forderte eine baldige Lösung des Nahost-Konflikts. Fischer verwies dabei auf die wichtige Rolle Jordaniens und auf Österreichs Unterstützung für dessen Annäherung an die EU. Beide Seiten unterstrichen das bilaterale Freundschaftsverhältnis und den Wunsch nach einem Ausbau der Beziehungen, vor allem der wirtschaftlichen Kooperation. Besonderes Interesse zeigte Jordanien an heimischer Umwelttechnologie. Fischer warb auch für ein österreichisches Opernhaus-Projekt in Amman, das in engster Wahl steht. ■

Infrastrukturminister Faymann stoppt Schließung der Postämter

SPÖ-Chef und Infrastrukturminister Werner Faymann hat im Streit um die geplante Radikalisierung der Post per Verordnung vorerst die Notbremse gezogen. Bis Ende Juni 2009 werde es keine Postämter-Schließungen geben, ließ er am 11. November in Richtung Vorstand und Aufsichtsrat der Österreichischen Post AG wissen. „Für die nächsten sechs Monate, gerechnet ab Jahresbeginn 2009, darf kein Postamt geschlossen werden“, so Faymann. In der Zwischenzeit müsse „ernsthaft nach einer Alternative zum bisherigen reinen Kahlschlagkonzept“ gesucht werden.

Wie vor kurzem bekannt wurde, sollen laut einem Strategiepapier des Post-Vorstandes bis 2015 rund 9.000 Arbeitsplätze abgebaut und 1.000 von 1.300 Postämtern abgegeben werden. Hintergrund ist die EU-weite Voll-Liberalisierung der Postmärkte ab 2011 (auch für Briefe unter 50 Gramm). Der Post-Vorstand argumentierte die drastischen Sparpläne mit der Notwendigkeit, für den Wettbewerb mit künftigen Konkurrenten gerüstet zu sein. Die börsennotierte Post wurde 2006 teilprivatisiert, der Staat hält noch 51 %.

Faymann hat indes eine Verordnung zur entsprechenden Änderung der Universaldienstverordnung (UD) in die Begutachtung geschickt, worin es explizit heißt: „Das Postämter-Netz darf zwischen 1. Jänner 2009 und 30. Juni 2009 nicht verkleinert werden.“ Erwartet wird, dass die Schließungspläne nach Ablauf der Begutachtungsfrist vom Tisch sind.

Weiters kündigte der Verkehrsminister an, in der neuen UD auch die Mitbewerber der Post AG in die Pflicht zu nehmen und deren Beitrag zu den Lasten einzufordern. Es könne nicht sein, sich nur in den Ballungsgebieten „die Rosinen herauszupicken“, so Faymann. Kritik übte Faymann auch am Management der für Privatisierungen zuständigen Staatsholding ÖIAG. Heftiger Widerstand kam auch von Seiten der Landeshauptleute aller Couleur. Die Gewerkschaft der Postangestellten hat Kampfmaßnahmen nicht ausgeschlossen.

Beim Betriebsergebnis (Ebit) verzeichnete die Post heuer in den ersten neun Monaten ein Minus um 13 % auf 103 Mio. Euro, der Umsatz stieg hingegen um 7 % auf 1,785 Mrd. Euro.

In Turbulenzen geriet mittlerweile auch die teilstaatliche Telekom Austria (TA). Auch hier sollen bis 2011 rund 2.500 Mitarbeiter abgebaut werden. Begründet wird dies mit dem Verlust von 600.000 Festnetzanschlüssen seit 2004. ■

AUA: Verkauf an Lufthansa so gut wie fix

Der Verkauf der Austrian Airlines (AUA) an die deutsche Lufthansa ist so gut wie fix. Der Privatisierungsausschuss der ÖIAG hat am 13. November beschlossen, „ab sofort nur mehr mit der Lufthansa abschließende Gespräche“ zu führen. Die potenziellen Mitbieter Air France/KLM und die russische S7 „sind nicht mehr im Bieterprozess“. Ausständig ist allerdings noch eine Entscheidung der EU-Kommission über den angekündigten Bundeszuschuss in Höhe von 500 Mio. Euro, der als unerlaubte staatliche Beihilfe gewertet werden könnte. ■

Bankenpaket: Banken-ÖIAG und Clearingbank gegründet

Der staatliche Schutzschirm für die heimische Kreditwirtschaft ist auf Schiene: Am 11. November ist in Wien die „Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes“ (FIMBAG) gegründet worden, eine neue Tochtergesellschaft der Staatsholding ÖIAG. Und auch die neue Clearingbank (OeCAG) für Interbank-Geschäfte nahm am 14. November ihre Geschäftstätigkeit auf.

Die so genannte „Banken-ÖIAG“ kann nicht nur Banken, sondern auch inländischen Versicherungen bei der Rekapitalisierung Hilfe leisten. Über sie können Finanzinstitute Eigenkapital auffrischen. Für staatliche Kapitalzuschüsse und Beteiligungen stehen insgesamt 15 Mrd. Euro zur Verfügung, bei Bedarf auch mehr.

Die erste Bank in Österreich, die tatsächlich in das Eigentum des Staates übergeht, ist der Gemeindefinanzierer Kommunalkredit. Nach veritablen Problemen muss der Staat für symbolische 2 Euro die bisher achtgrößte Bank des Landes zu 99,78 % aufgreifen. Nötig ist weiters ein dreistelliger Millionenbetrag, um deren Kapitalquote aufzufetten und mit staatlichen Haftungen für genügend Liquidität zu sorgen. Die bisherigen Eigentümer Volksbank AG und Dexia treten ihre Pakete an der Kommunalkredit ab. Das „Closing“ steht allerdings noch aus.

Fest steht auch, dass die Erste Group 2,7 Mrd. Euro Partizipationskapital (PS) vom Staat bekommen wird. Die Raiffeisen Zentralbank wird voraussichtlich am 25. November über die Emission von Partizipationskapital entscheiden. Am Prüfen sind auch die Volksbank, BAWAG und Bank Austria sowie Wüstenrot. ■

Bundespräsident Heinz Fischer ehrt US-Sopranistin Jessye Norman

Am 7. November verlieh Bundespräsident Heinz Fischer der US-Sopranistin Jessye Norman, 63, das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst Erster Klasse. „Wir sind sehr dankbar für das, was Sie in Ihrem Leben getan haben und immer noch tun“, sagte Fischer, der die Auszeichnung in der Wiener Hofburg in kleiner Runde, darunter Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Universalkünstler Andre Heller, überreichte. Mit dem Filmemacher Othmar Schmiderer hatte Heller 2005 einen beeindruckenden Film über die Sängerin gedreht. Jessye Norman bedankte sich gerührt beim Bundespräsidenten: „Ich hoffe, ich kann Ihren Erwartungen entsprechen“. An diesem Ort, an dem sie schon während ihres Studiums gesungen habe, ausgezeichnet zu werden, sei eine große Ehre. Fischer erläuterte, dass hier die Kinder Maria Theresias ihren Musikunterricht erhalten hätten. Norman habe in vielen „wichtigen Opernhäusern der Welt neue Standards gesetzt“. Auftritte wie bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in Atlanta oder zum 200. Geburtstag der Französischen Revolution mit der „Marseillaise“ würden immer unvergessen bleiben.

Jessye Norman wurde 1945 in Augusta (Georgia) als Tochter einer Lehrerin und eines Versicherungsagenten geboren. Die Eltern waren nicht nur in der damaligen US-Bürgerrechtsbewegung aktiv, sondern auch als Amateurmusiker. An der Howard University studierte sie Musik. Seit ihrem Debüt 1969 als Elisabeth in Richard Wagners „Tannhäuser“ erfolgte ein kometenhafter Aufstieg in Opern von Mozart, Verdi, Berlioz oder auch Meyerbeer. Zu ihren Spezialitäten gehören Wagners „Wesendonck-Lieder“, Arnold Schönbergs „Gurrelieder“ und Alban Bergs „Altenberglieder“. Fünffmal wurde die Sängerin, die auch als UNO-Sonderbotschafterin wirkt, mit einem Grammy prämiert – 1986 für ihre Aufnahme der Lieder von Maurice Ravel. 2006 gewann sie den Grammy für ihr Lebenswerk. ■

Igor Strawinskys Oper „The Rake’s Progress“ im Theater an der Wien

Die Erwartungen waren hoch: Regisseur Martin Kusej und Dirigent Nikolaus Harnoncourt, deren Zusammenarbeit seit dem Salzburger „Don Giovanni“ 2002 immer wieder für Aufsehen ge-

sorgt hatte, brachten im Theater an der Wien Igor Strawinskys „The Rake’s Progress“ auf die Bühne. Der Komponist hatte sich bei seinem „Werdegang eines Wüstlings“ 1951 von satirisch-gesellschaftskritischen Kupferstichen des englischen Zeichners William Hogarth inspirieren lassen. Kusej/Harnoncourt wollten Strawinskys Werk „absolut ins Heute“ versetzen, der Regisseur wählte eine „relativ realistische Ästhetik“, wie er in einem Interview mit dem Wochenmagazin „profil“ erklärte. Die rasante, politisch aktuelle Interpretation wirft auch ein Schlaglicht auf den Rechtsruck in Österreich. Populismus und verführerische Medien-Scheinwelt werden musikalisch und szenisch adäquat attackiert.

Wegen einer drastischen Bordellszene ist auf Empfehlung einer Schulpsychologin der Besuch der insgesamt sechs Aufführungen – bis 28. November – erst ab 18 Jahren gestattet.

Die sensationelle Aufführung wird fulminant gesungen – von Toby Spence (Tom Rakewell), Alastair Miles (Nick Shadow), Adriana Kucerova (Anne Trulove) und Anne Sofie von Otter (Baba the Turk). Nikolaus Harnoncourt dirigiert die Wiener Symphoniker und den Arnold Schoenberg Chor. www.theater-wien.at ■

Wien: Europarat und Holocaust Task Force beschließen Kooperation

Der Europarat und die Internationale Holocaust Task Force (ITF) haben am 10. November in Wien eine Absichtserklärung für eine Kooperation im Kampf gegen Antisemitismus auf europäischer Ebene unterzeichnet. Terry Davis, Generalsekretär des Europarates, und Ferdinand Trauttmannsdorff, Vorsitzender der ITF, haben die Vereinbarung unterzeichnet, die ein Modell für Europa darstellen sollte. Start der Verhandlungen werde – so Trauttmannsdorff – noch heuer sein, da Österreich derzeit den ITF-Vorsitz innehat. Erste konkrete Ergebnisse erwarte man bis 2010. Konkret sprach Davis eine geplante Kampagne in zentralen Medien gegen Rassismus auf europäischer Ebene an, die fokussierter sein sollte als Kampagnen der vergangenen Jahre. Wie Hans Winkler, Staatssekretär im Außenministerium, erklärte, gebe es „eine moralische Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass auch künftige Generationen die Ursachen des Holocaust begreifen und über die Folgen nachdenken“.

Terry Davis wurde am 10. November in Wien außerdem von Bundeskanzler Alfred Gusenbauer mit dem Großen Goldenen Ehrenzeichen am

Bande für Verdienste um die Republik Österreich geehrt: „Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Europarat seine Ziele auf unserem Kontinent weiter vertiefen konnte“. Der Ausbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz der Menschenrechte fänden im Europarat einen gesamteuropäischen institutionellen Rahmen.

In der Nacht von 9. auf 10. November 1938 war es in sämtlichen von den Nazis besetzten Gebieten zu Pogromen gegen jüdische Mitbürger gekommen. Allein in Österreich wurden 30 ermordet, 7.800 verhaftet und aus Wien rund 4.000 sofort ins KZ Dachau deportiert. Die Pogrome sehen viele Historiker als den Beginn der Shoa, der gezielten Auslöschung der jüdischen Bevölkerung. ■

Bundeskanzler Gusenbauer erhielt „Dialogue of Civilizations“-Preis

Im Rahmen des vom World Public Forum (WPF) organisierten Wiener Gipfels „Dialog der Kulturen“ erhielt Bundeskanzler Alfred Gusenbauer am 10. November den internationalen Preis „Dialogue of Civilizations“, der ihn für seine Bemühungen ehrte, „den Dialog zwischen unterschiedlichen Kulturen zu fördern und diesen mit Verständnis, Respekt und Offenheit zu begegnen“. Der Preis wurde ihm vom WPF-Präsidenten Wladimir Jakunin, dem Generaldirektor der russischen Eisenbahnen, überreicht: „Alfred Gusenbauer ist eine Persönlichkeit mit großem europäischen und internationalen Potenzial. Sein Denken und seine Erfahrung tragen dazu bei, ein europäisches Projekt des 21. Jahrhundert zu etablieren“. Jakunin lobte auch die Dialogbereitschaft des Kanzlers gegenüber Vertretern öffentlicher Organisationen, gegenüber NGOs, Wissenschaftlern und Künstlern. In einer anschließenden Pressekonferenz in der Wiener Hofburg sagte Gusenbauer: „Das ist ein Preis für Österreich als Vermittler in der Welt“. Die Armut sei Ursache für die weltweite Instabilität. Es brauche nicht nur einen Dialog der Staaten, sondern auch einen der Religionen. Rund sechzig Konflikte und Krisenherde gebe es derzeit auf der Welt und die Zahl steige. Durch den Terrorismus würden diese Konflikte wieder „reimportiert“. Der internationalen Finanzmarktkrise solle man durch die Schaffung einer Weltfinanzorganisation begegnen, die allerdings auch über Sanktionsmöglichkeiten verfügen müsse. Eine neue Finanzstruktur sei nötig, die „nicht auf Ausbeutung und schnellen

Profit“ beruhen dürfe, so der Kanzler zum wiederholten Male eindringlich.

Das WPF wurde 2002 von Jakunin, dem indischen Industriellen Jagdish Kapur und dem griechisch-amerikanischen Banker Nicholas Papanikolaou gegründet. Leiter des internationalen Koordinationskomitees ist der frühere Generalsekretär des Europarates, Walter Schwimmer. Frühere Träger des „Dialogue of Civilizations“-Preises sind u.a. der jordanische König Abdullah II., der iranische Ex-Präsident Mohammad Khatami, der litauische Präsident Valdas Adamkus, der frühere indische Premier Kumar Gujral sowie UNESCO-Generalsekretär Koichiro Matsuura. www.dialogueofcivilizations.org ■

Ukraine bei „Literatur im Herbst“

Die Alte Schmiede widmete ihre diesjährige dreitägige „Literatur im Herbst“ im Wiener Odeon der neuen ukrainischen Literatur, deren Zentren die Städte Lemberg, Iwano-Frankiwsk, Kiew und Charkow sind. Neben den international bekannten Autoren Juri Andruchowytch und Andrej Kurkow waren noch unbekanntere Autoren und Autorinnen zu Gast in Wien. Special Guest war der rumänische Schriftsteller Mircea Cartarescu, der wie auch sein österreichischer Kollege und Übersetzer Martin Pollack an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Ukraine – Zentrum Europas?“ teilnahm.

Geografisch und historisch zog die „Literatur im Herbst“ weite Kreise – von Claudia Erdheims Familienroman „Längst nicht mehr koscher“ über ihre aus Galizien stammenden Vorfahren, der Präsentation von Doreen Daumes Neuübersetzung der „Zimtläden“ von Bruno Schulz, bis zu einem Gespräch von Erich Klein, dem Organisator der Veranstaltung, mit der Übersetzerin Elisabeth Markstein über Wassily Grossmanns „Leben und Schicksal“. www.alte-schmiede.at ■

Wiens Gratisbuch: Ruth Klüger

Ab 19. November werden in Wien 100.000 Exemplare von Ruth Klügers Erinnerungen „weiter leben. Eine Jugend“ gratis an Lesehungrige verteilt. Die Autorin, 1931 in Wien geboren, als Kind während der Nazi-Herrschaft geächtet, dann in KZs deportiert, präsentiert ihr Werk am 20. November im Rahmen einer Lesung in der Fernwärme Wien. Die vom Echo-Medienhaus durchgeführte Gratisbuch-Aktion findet heuer

bereits zum siebenten Male statt.

Mit Glück überlebte Ruth Klüger den Holocaust, studierte später in den USA und wurde eine anerkannte Literaturwissenschaftlerin. Sie lebt in Irvine (Kalifornien). Zuletzt konnte sie für eine Gastprofessur in Tel Aviv gewonnen werden. Klüger erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen, hierzulande den Österreichischen Staatspreis für Literaturkritik (1997) und den Bruno Kreisky-Preis für das politische Buch (2002).

Am Abend des 24. November wird die Autorin im Rahmen einer Gala im Wiener Rathaus von Bürgermeister Michael Häupl geehrt.

www.einestadteinbuch.at ■

Jüdische Menschen erinnern sich an ihr Wien im 20. Jahrhundert

In einem Festsaal des Wiener Rathauses waren am 11. November etwa 200 jüdische MitbürgerInnen geladen – zur Präsentation des von Tanja Eckstein und Julia Kaldori herausgegebenen Buches „Wie wir gelebt haben. Wiener Juden erinnern sich an ihr 20. Jahrhundert“ (Mandelbaum-Verlag). Rund 70 Gäste trugen als Zeitzeugen mit ihren zahlreichen Fotos und den dazugehörigen Geschichten zu dem wunderbaren Band bei, der einzigartige Erzählungen bewahrt „von den kleinen Komödien des täglichen Lebens in den 1920er-Jahren über den Horror der späten 1930er- und 1940er-Jahre, dem sie nur knapp entkamen, bis zu ihrer Niederlassung im Wien der Nachkriegszeit und der Gründung ihrer eigenen Familien“ – so Edward Serotta, Leiter von Centropa (The Central Europe Center for Research and Documentation) in seinem Vorwort. Centropa war 1999 gegründet worden, u.a. um die Erinnerungen von älteren jüdischen Menschen, denen die heutige Blüte jüdischen Lebens in Wien zu verdanken ist, für kommende Generationen zu bewahren. Weiterführende Texte in dem Buch stammen von „Edelfedern“ wie Joachim Riedl, Barbara Tóth oder Doron Rabinovici.

Zum Gelingen des von der Schauspielerin Konstanze Breitebner moderierten stimmungsvollen Abends, der von der PR-Agentur Milli Segals exzellent organisiert war, trugen auch Bildungsministerin Claudia Schmid und Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny mit ihren Reden bei, in denen sie die bedeutenden Leistungen des Wiener Judentums für die Stadt und für Österreich insgesamt hervorhoben und jeder Form von Fremdenfeindlichkeit bzw. Antisemitismus eine klare Absage erteilten. www.centropa.org ■

Wien: Wittgenstein-Preis an den Quantenphysiker Markus Arndt

Der 43-jährige aus Deutschland gebürtige Quantenphysiker Markus Arndt, ein Schüler Anton Zeilingers, seit 2008 Ordentlicher Professor an der Fakultät für Physik an der Universität Wien, wurde am 10. November mit dem Ludwig Wittgenstein-Preis ausgezeichnet, dem bedeutendsten und höchst dotierten österreichischen Wissenschaftspreis. Zugleich erhielten auch acht Nachwuchswissenschaftler – alle aus der Naturwissenschaft – die Start-Preise. Arndts Forschungsschwerpunkt liegt auf der Materiewellenphysik von Nanomaterialien, d.h. bei dem Versuch, die Phänomene der Quantenwelt bei immer größeren Komplexen wie Atomen und Molekülen nachzuweisen. Wie Arndt erklärte, ermögliche ihm der Preis die Erweiterung seines Teams. Wissenschaftsminister Johannes Hahn nahm den Ball auf und erläuterte, dafür sei das Preisgeld ja gedacht – für junge Wissenschaftler, die im Wittgenstein-Projekt mitarbeiteten. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei Forschung zu fördern. Arndt möchte mit einem Teil des Preisgeldes auch „etwas ganz Neues beginnen“, etwa den Zusammenhang von Quantenphysik und Biologie erforschen. ■

EU-Ministerkonferenz in Wien zum Thema „Digitale Integration“

Vom 30. November bis zum 2. Dezember findet in der Reed Messe Wien eine EU-Ministerkonferenz zum Thema „e-Inclusion“ („digitale Integration“) statt. Die Veranstaltung, die 2006 unter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft in Riga (Lettland) ihren Auftakt fand, wird nun unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien, und dem österreichischen Bundeskanzleramt abgehalten. Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nehmen einen zentralen Platz im modernen Leben ein. Sie ermöglichen wesentliche Verbesserungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen, tragen entscheidend zum Produktivitätszuwachs bei. Dennoch besteht bei bis zu 40% der europäischen BürgerInnen die Gefahr, von der Informationsgesellschaft ausgeschlossen zu sein. Die Offensive „digitale Integration“ will hier entgegenarbeiten. www.ec.europa.eu/einclusion-event ■

100 Jahre ÖOC – Eine Erfolgsgeschichte in Rot-Weiß-Rot

Mit einem festlichen Galaabend hat das Österreichische Olympische Comité (ÖOC) am 7. November in der Wiener Hofburg sein 100-jähriges Bestehen gefeiert. Neben Bundespräsident Heinz Fischer, IOC-Präsident Jacques Rogge (Internationales Olympisches Comité), EOC-Präsident Patrick Hickey (Europäisches Olympisches Comité) und ÖOC-Präsident Leo Wallner waren unter den rund 350 Festgästen auch 70 österreichische MedaillengewinnerInnen und 30 OlympiasiegerInnen. Bundespräsident Fischer überreichte IOC-Chef Rogge das "Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich".

Der eigentliche Geburtstag des 1908 gegründeten ÖOC war bereits am 16. März, die Feier wurde aber wegen der Vorbereitungen auf die Olympischen Sommerspiele in Peking auf den Herbst verschoben. Das ÖOC hat insgesamt 292 Medaillen geholt. Offiziell sind es aber nur 271, weil das IOC die Zwischenspiele und die Kunstbewerbe nicht anerkennt: 107 (86 offiziell) im Sommer, 185 bei Winterspielen, 51 davon in Gold.

Die meisten Goldmedaillen, nämlich drei, holte Skilegende Toni Sailer. Erfolgreichster österreichischer Olympiateilnehmer aller Zeiten ist der nordische Kombiniierer Felix Gottwald mit zweimal Gold, einmal Silber und dreimal Bronze. Zu seinem 100-jährigen Bestand hat das ÖOC zwei Publikationen präsentiert. „Olympische Moment-Aufnahmen“ ist ein mehr als 200 Seiten starker bebildeter Band über die Geschichte Olympias von den Spielen der Antike bis zur modernen Olympischen Bewegung.

Gedacht wird aber auch der Jugend. Mit "100 Jahre Österreichisches Olympisches Comité - 1908 bis 2008" wurde eine speziell für SchülerInnen gedachte Broschüre erstellt, die den Kampf gegen Doping bewusst thematisiert. ■

Schwimm-Coach Zeljko Jukic ist BSO-"Trainer des Jahres"

Schwimm-Coach Zeljko Jukic ist "Top-Trainer des Jahres". Der Vater des Erfolgs-Duos Mirna und Dinko ist bei der "Sport Cristall Gala" (14.11.) mit dem begehrten Preis der Bundessportorganisation (BSO) und des Bundeskanzleramts geehrt worden. Zeljko Jukic hatte seine beiden Kinder heuer zu ihren bisher größten Erfolgen

geführt. Mirna holte Olympia-Bronze über 100 m Brust, Dinko wurde Vize-Europameister über 200 m Lagen. Erst im Oktober war Mirna Jukic zum zweiten Mal nach 2002 zu "Österreichs Sportlerin des Jahres" gekürt worden, Dinko Jukic war 2007 Österreichs "Jugend Sportler des Jahres". Als BSO-"Top-Sportverein" wurde der Leichtathletik-Club Sportunion IGLA long life ausgezeichnet, dem zum Beispiel Olympia-Teilnehmer Günther Weidlinger (Leichtathletik) angehört. "Top-Funktionäre" wurden Karl Weiß vom Faustball-Bund bei den Herren sowie bei den Damen Eva Wörisch (Synchronschwimmen). Der Titel "Top-Frauen-Power" wurde Rena Eckart vom Badminton Verband verliehen, "Top-Sportbotschafter" 2008 ist Pater Bernhard Maier, der bereits 14 Mal als Olympia-Pfarrer des ÖOC fungierte. ■

Verstärkte Doping-Prävention von Bund und Ländern

Der Kampf gegen Doping und Gewalt im Fußball sowie die Forcierung der Leistungsmodelle im Schulsport sind die großen Herausforderungen für den österreichischen Sport. Bei der Landessportreferentenkonferenz wurde die Agenda der Zusammenarbeit zwischen Bundesländern und Bund für das Jahr 2009 besprochen. Diese sieht gerade im Anti-Doping-Bereich eine verstärkte Zusammenarbeit vor. Auf Initiative des Sportstaatssekretariats im Bundeskanzleramt wird es einen Workshop zur "Erstellung einer Anti-Doping-Strategie im präventiven Bereich" mit Vertretern der Länder geben. Einen weiteren Schwerpunkt auf der umfassenden Agenda der Gespräche mit den zuständigen SportlandesrätInnen der Bundesländer und Vertretern des Bundes bildete der Schulsport. Für das Modell "Schule und Sport im Hochleistungsbereich" wird eine Arbeitsgruppe mit den LandessportreferentenInnen, einem Vertreter des Sektion Sport des Bundeskanzleramts und einem Vertreter des Unterrichtsministeriums bis Frühjahr 2009 einen Vorschlag erarbeiten und der Landessportreferentenkonferenz zur Genehmigung vorlegen. Zum Thema "Gewalt im Fußball" hat das Sportstaatssekretariat Maßnahmen aus Sicht des Bundes vorgeschlagen, die gemeinsam mit den Ländern umgesetzt werden können. Hier geht es vor allem um die verstärkte Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern in den Bundesländern, um Sozialprojekte im Fußball zu erstellen. Darüber hinaus prüft eine Arbeitsgruppe im Innenministerium die Möglichkeit von gesetzlichen Verschärfungen. ■